

Calmer Tagblatt

Nr. 31 Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 93. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 80 Mt., Familienanzeigen 50 Mt., Kleinanzeigen 20 Mt. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 % - Fernspr. 9. Mittwoch, den 7. Februar 1923. Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 1200 Mt. monatlich, Postzusatzpreis 1200 Mt. mit Postgebühr. Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Nach seiner Rückkehr aus den vergewaltigten Gebieten hat der deutsche Reichskanzler dem Vertreter eines amerikanischen Zeitungszentrums Erklärungen über das Verhalten der Bevölkerung und über das Ziel des französischen Gewaltunternehmens abgegeben. Er konnte feststellen, daß der Wille zum Widerstand unter der Rheinlands- und Ruhrbevölkerung nicht einer von Berlin ausgehenden Organisierung zuzuschreiben ist, sondern der festen Entschlossenheit der Bevölkerung selbst, die auch hinter sich das ganze deutsche Volk wisse. Die Absicht der Regierung Poincaré's gehe auf dauernde Besetzung des Rheinlands und des Ruhrgebiets hin, deshalb habe sie alle deutschen Wiederaufbauanträge systematisch sabotiert, und wegen der paar Prozent Verzögerungen in Bezug auf Holz- und Kohlenlieferungen das Ruhrgebiet als „Pfand“ in Beschlag genommen. Der Reichskanzler betonte, daß Deutschland den passiven Widerstand gegen das französische Gewaltunternehmen fortsetzen werde.

Während die Franzosen auf der einen Seite behaupten, daß der Verkehr vom Ruhrgebiet ins Rheinland funktioniere, wird andererseits die Absicht der Pariser Regierung gemeldet, sämtliche deutschen Eisenbahnbeamten aus dem Rheinland und Ruhrgebiet auszuweisen, um den Verkehr wieder in Fluß zu bringen. Dabei ist festzustellen, daß überall, wo eine militärische Besetzung erfolgt ist, der Eisenbahnverkehr vollständig ins Stocken geraten ist.

Die Franzosen haben die Meldung verbreitet, daß die türkische Abordnung sich bereit erklärt habe, doch noch den Friedensentwurf der Alliierten zu unterzeichnen. Von türkischer Seite wird diese Meldung aber kategorisch in Abrede gestellt. Dieses französische Manöver dürfte wohl den Zweck verfolgen, den ungünstig. Einfluß zu verwickeln, den der Abbruch der Lausanner Konferenz auf die gesamte außenpolitische Lage auszuüben geeignet ist, und das umso mehr, als es bekannt ist, daß auch hier die Franzosen wegen ihrer maßlosen Ansprüche die Hauptschuldigen sind.

Die französische Gewaltpolitik. Der Reichskanzler über Frankreichs neuen Raubkrieg.

Berlin, 7. Febr. Der hiesige Vertreter der „Associated Press“ hatte Gelegenheit, den Reichskanzler kurz nach seiner Rückkehr zu sprechen. Der Reichskanzler stand unter den frischen Eindrücken der zweitägigen Informationsreise, die ihn durch alle Zentren des Einbruchgebiets im Westen führte. Er hatte mit allen Kreisen der Bevölkerung in zahlreichen Besprechungen Fühlung genommen und überall dieselbe Entschlossenheit auf der Linie des passiven Widerstands gegen den französischen Rechtsbruch festgestellt. Gerade aus Arbeiterkreisen wurde ihm diese entschlossene Stimmung mit besonderem Dank entgegengetragen. Der Reichskanzler äußerte sich sehr befriedigt über das Ergebnis der Reise. Die Unterredung wandte sich danach der Rede zu, die der französische Ministerpräsident anlässlich des Banketts der Vereinigung republikanischer Journalisten gehalten hat. Zu dieser Rede äußerte sich der Reichskanzler etwa folgendermaßen: Wenn Poincaré davon sprach, daß er nicht freudigen Herzens zu der Politik des Zwangs gegen Deutschland greife, so frage ich, ob die französische Regierung seit Deutschland die Waffen niederlegte, anders als eine Politik des Zwangs ausübte mit allen Mitteln der wirtschaftlichen und politischen Tortur gegen ein erschöpftes Volk, das sich bemühte, seine Wirtschaft wieder herzustellen und den Verpflichtungen aus dem verlorenen Kriege nachzukommen. Auf jedem Meilenstein des deutschen Leidenganges seit 1918 stehen die Worte: „Zwang und Diktat“. Unter Zwang sind deutsche Gebiete vom Mutterland losgerissen worden, unter Zwang wird die rheinische Bevölkerung gehalten, unter Zwang gegen einen wehrlosen Nachbarn überschritt die französische Regierung wiederholt die im Versailler Vertrag festgelegten Grenzen des Okkupationsgebiets. Diese Zwangspolitik baut heute Poincaré mit dem Beginn seiner Ruhraktion in einer Weise aus, die sich

die Welt nicht träumen ließ, als sie den Abschluß des Krieges als Wendepunkt einer neuen Zeit begrüßte. Vergeblich sucht Poincaré aus angeblichen deutschen Versäumnissen das Recht zu einem Einbruch in das Ruhrgebiet zu konstruieren. Keiner der die Wahrheit würgenden Paragraphen des Versailler Diktats räumt ihm ein solches Recht ein. Durch kein Interpretationskunststück ist ein solches Recht zu erschleichen. Die Ruhraktion und alle ihre Fortsetzungen sind nichts anderes als eine Negation jeden Rechtsbegriffes und seine Ersetzung durch die nackte Gewalt. Wie ein Hohn klingt es, wenn Poincaré auch heute noch den Einbruch in die rheinisch-weißfälische Industrie mit 250 000 Bewaffneten als ein friedliches Werk bezeichnet. Ein „friedliches Werk“, das seine blutige Spur von Düsseldorf bis Bochum zieht, das über 250 führende Männer durch Verhaftung oder Ausweisung um Amt, Beruf und Wohnsitz gebracht, eine Bevölkerung von Millionen in schwerste Bedrängnis gestürzt und Wirtschaftswerte in nicht wieder gutzumachender Weise zerstört hat! Poincaré scheint betroffen darüber zu sein, daß die Rheinländer und Westfalen sich durch die friedlichen Versicherungen seines Generals nicht haben irre machen lassen. Aber er selbst irrte sich in der Beurteilung des westfälischen Sinnes. Ruhe und Besonnenheit nahm er für die widerstandslose Ergebung. Er irrt, wenn er annimmt, daß es eines Befehls aus Berlin bedürfte, den Widerstand der Bedrückten zu organisieren. Der Widerstand ist als spontaner Entschluß aus der Bevölkerung emporgewachsen, die sich ihres Menschenrechtes bewußt ist und sich Bajonetten nicht beugen will. Selbst Poincaré muß die Entschlossenheit und Einheit dieses Widerstandes anerkennen, der in der Tat ein Volkswiderstand ist. So etwas läßt sich nicht besetzen. Er ist da, unbegreifbar und unüberwindlich, mag auch die Okkupation durch die Besetzung der Führer und durch die Kämpfung der Verwaltung noch soviel unternehmen, um die Kraft des Widerstandes zu brechen. Poincaré meint, daß Deutschland durch den Einmarsch ins Ruhrgebiet gezwungen würde, seine Ziele aufzugeben. Er tat, wie wir zugeben müssen, das Seinige, um diese Ziele klar zum allgemeinen Bewußtsein zu bringen: Freiheit und nationale Einheit! Dieses und nichts anderes sind die Ziele der deutschen Regierung. Wie aber steht es mit Poincarés eigenen Absichten? Er sucht Entschädigungen für die französischen Ruinen und Sicherheit gegen deutsche Angriffe, so sagt er. Entschädigung für die Ruinen? Wer war es, der alle deutschen Angebote zur Mitarbeit an der Wiedherstellung der zerstörten Gebiete sabotierte? Unwahrheit ist es, wenn der ehrliche deutsche Wille zum Aufbau geleugnet wird. Sicherheit gegen deutsche Angriffe? Nicht um rüftändige paar Prozente an Kohlen und Holz einzubringen, sondern aus militärischen Gründen wurde das Ruhrgebiet besetzt. Zur Sicherheit Frankreichs muß ein Wirtschaftssystem zerstört werden, das zu den feinsten Organismen der Weltwirtschaft gehört. Das also ist der Sinn der Poincaréschen Pfänderpolitik, dieser Pfänderpolitik, die von allen Wirtschaftsautoritäten abgelehnt wird. Die Ruhe des französischen Volkes bedarf keiner Sicherheiten, die nur auf Kosten eines anderen lebensberechtigten Volkes zu erzielen sind. Das entwarfahnte deutsche Volk ist für Frankreich keine Gefahr. Die Sorge vor deutschen Angriffen ist nur der Deckmantel für Poincarés Hegemoniegedanken. Es hat wenig Zweck, die zahlreichen Widersprüche in den Argumenten zu beleuchten, soweit Poincaré eine unhaltbare Sache zu verteidigen sucht. Bald sagt er, daß an der Ruhr der Verkehr sichergestellt sei und daß alles ohne Schwierigkeiten gehe, bald, daß noch andere Maßnahmen notwendig seien. Entweder das eine oder das andere! Entweder erreicht die Ruhraktion ihren Zweck nicht, dann sind seine Neben sehr unangebracht, oder der Zweck ist erreicht, dann sind neue Maßnahmen nichts anderes, als die Vorbereitung zu neuem Raub, wie wir jetzt in Baden sehen. Ein französisches Blatt hat neulich eingestanden, daß keine deutschen Vorschläge Frankreich veranlassen würden, seine Beute fahren zu lassen. Poincarés Rede ist eine Umschreibung dieses Eingeständnisses. Das Ruhrgebiet will er behalten, bis von den unmöglichen Summen der letzte Pfennig bezahlt ist. Nicht Verträge, sondern Gewalt Herrschaft will er, eine Gewalt Herrschaft ohne zeitliche Grenzen! Der Gewalt leht Deutschland sein Recht entgegen und den Willen zum Leben.

Der Reichskanzler aus dem vergewaltigten Gebiet zurück.

Berlin, 7. Febr. Reichskanzler Dr. Cuno machte in der gestrigen Kabinettsitzung Mitteilungen über seine Reise in

das vergewaltigte Gebiet. Als Ergebnis seiner Besprechungen mit Vertretern aller Bevölkerungstriebe stellte der Reichskanzler den Willen zum Beharren in Widerstand fest. Er wies unter Zustimmung des Kabinetts eindringlich auf die Notwendigkeit hin, die im Kampf stehende Bevölkerung mit allen wirtschaftlichen Mitteln zu unterstützen und insbesondere der Ernährungslage größte Aufmerksamkeit und Energie zuzuwenden. Die weiteren Beratungen des Kabinetts galten, von laufenden Fragen abgesehen, dem neuen französischen Gewaltakt gegen Osnabrück und Appenweier.

Berlin, 6. Febr. In der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags erklärte Staatssekretär Hamm, der Aufenthalt des Reichskanzlers in Essen, Bochum und Dortmund habe erfreulicherweise klargestellt, daß die Auffassung richtig gewesen sei, daß das deutsche Volk den ihm aufgezwungenen Kampf einheitlich und fest ausfechten werde in dem Bewußtsein, daß der französisch-belgische Raubeinfall sich nicht gegen eine Schicht des deutschen Volkes richte, sondern gegen die Existenz des ganzen deutschen Volkes richte.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags und die Sorgen der Rheinbevölkerung.

Berlin, 6. Febr. Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde bei der Beratung des Etats des Reichsministeriums des Innern die Lage in den besetzten rheinischen Gebieten eingehend erörtert. Die Abgeordneten bekundeten ihr herzliches Mitgefühl mit der rheinischen Bevölkerung und Beamtenenschaft. Besonders Interesse erregten die Ausführungen von Regierungsseite über die planmäßigen Bemühungen Frankreichs, durch den Delegiertenapparat der Rheinlandskommission in die deutschen Verwaltungen einzudringen und bei der Bevölkerung Boden zu gewinnen. Bemühungen, die dank dem deutschen Sinn der Bevölkerung wirkungslos geblieben sind. Der Staatssekretär für die besetzten Gebiete, Dr. Brügger, wies darauf hin, daß die Rheinlandskommission durch die Unterstützung der französischen und belgischen Gewaltpolitik ihre eigene Rechtsgrundlage, das Rheinlandsabkommen, verlassen hat. Die Rheinlandskommission habe auch den Einbruch in das Badener Land, den die französische Regierung für sich allein wegen des Ausfalls zweier Schnellzüge beschlossen hat, gedeckt und damit jede Rechtsgrundlage beiseite geschoben. Reichsminister des Innern, D e s e r, bestätigte, daß das Rotgefeh der Regierung die Handhabe gewähre, für die Wohnungsfrage der aus den besetzten Gebieten ausgewiesenen zu sorgen. Die Möglichkeit der Einführung einer fremden Währung im besetzten Gebiet stöße auf natürliche Schwierigkeiten. Deutschland unternehme jetzt zum erstenmal in der Geschichte den heldenhaften Versuch, gegenüber der rohen Wassengewalt den Krieg zu überwinden durch Moral und Vaterlandsgelühl. Der Minister schloß mit warmen Dankesworten an die Bevölkerung der besetzten Gebiete für ihr prachtvolles Verhalten.

Der Widerstand der Eisenbahner.

Trier, 6. Febr. Infolge der Gefährdung der Sicherheit durch fremde Eingriffe in den Betrieb, ist der gesamte Eisenbahnbetrieb von Trier bis Koblenz stillgelegt. Der Bahnhof Ehrang kommt daher zum Erliegen. Der Verkehr Trier-Röln über die Eifel geht den Weg Trier-Westigel-Bilburg.

Osnabrück, 6. Febr. Der Verkehr auf der Strecke Osnabrück-Appenweier ist jetzt vollständig abgedrosselt. Endpunkt der gesamten Güter- und Personenverkehrs von Süden her ist Niederschoppsheim, von Osten her Achern. Der Streik der Eisenbahner ist allgemein.

Hamm, 6. Febr. Wegen des Streiks der Eisenbahner sind die Stellwerke des Bahnhofes Friemersheim (Kreis Mörs) unbrauchbar gemacht worden. Französische Soldaten unter Führung eines Offiziers wollten von den Eisenbahnern die Durchführung des geregelten Betriebs erzwingen. Als diese sich weigerten, wurden einzelne von ihnen mit den Köpfen gegen die Weichenköpfe gestoßen. Sie beharrten auch bei weiteren Mißhandlungen bei ihrer Ablehnung. Dann wurden sie an die Wand gestoßen und mit Erschießen bedroht. Schließlich wurde der Stationsvorsteher mit auf

„Willst Du dem Ruhrgebiet helfen? Dann gib zum Deutschen Volksoffer!“

30 000) M.
im 19. Feb.
ft war mit
afeln befah-
M, 1 Paar
mit 475 Kg.
M, 1 Kind
D, 1 Kal-
600 000 M.
waren zuge-
d Jungvieh,
0 000 M, 14
bis 1 010 000
0 000 M. Der
sowie vom
132 000 bis
ist, in Ba-
M, in Be-
M, für ein
Paar Milch-
rg kosteten
0 M, je das
den Wörtern und
Mischen Verzeich-
Calw,
Calw.
und
rend
00.—
s für
t, zu
annt
Der-
noch
nden
alle
hnen
rken
-Hund
Wurster,
e. und Café.
che
Zeit
len.
enn
die
hiet.
das
ens-
hiet.
ngen
ein.

die Brust gefegtem Revolver aufgefordert, dem Befehl der Franzosen Folge zu leisten oder sich erschließen zu lassen. Der Stationsvorsteher antwortete: „Ich bin deutscher Beamter, Ihren Befehlen gehorche ich nicht; bitte, erschließen Sie mich.“ Darauf zogen die Franzosen unerrichteter Dinge ab.

Essen, 6. Febr. Die Eingriffe der Franzosen in das Eisenbahnwesen machen sich für das Wirtschaftsleben von Tag zu Tag störender bemerkbar und drohen, die schlimmsten Folgen zu zeitigen. Die Betriebsstörungen reichen von Osten des besetzten Gebiets bereits bis Essen. Die für die Transporte benötigten Leermotoren sind zwar vorhanden, können aber aus den verstopften Güterbahnhöfen nur mit Mühe herausgezogen werden. Die Zuleitungen an die richtigen Stellen sind außerordentlich schwierig. Es ist dadurch fast unmöglich, die Betriebe innerhalb des besetzten Gebiets, vor allem die lebenswichtigen Betriebe, ordnungsgemäß mit Kohle zu beliefern. Die Klagen der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke werden täglich lauter und eindringlicher.

Die französischen Gewaltmaßnahmen.

Essen, 6. Febr. Die Eisenbahnbeamten im Bezirk der Eisenbahndirektion Köln, ausgenommen die in der englischen besetzten Zone, sind angewiesen worden, Posten, welche sich zur Anerkennung auf Stellwerken befinden, zum Verlassen derselben aufzufordern und andernfalls die Arbeit niederzulegen. Der Betrieb des gesamten Kölner Bezirks kommt infolgedessen wahrscheinlich heute zum Stillstand. Seit gestern Nachmittag werden auf dem Bahnhof Scharnhorst sämtliche Züge angehalten und die Reisenden, sowie das Gepäck revidiert. In Hörde sind auf den ostwärts führenden Straßen Fuhrwerkskontrollen eingerichtet. Fuhrwerke mit Kohlen werden beschlagnahmt. In Lünen-Nord zwingen die Franzosen seit gestern die Personenzüge zum Halten. Sie kontrollieren den Packwagen und entfernen an Güterzügen an geschlossenen Wagen die Plomben. Von den gestern angebrochenen Maßnahmen ist bisher noch nichts bekannt. Dem Telegraphenbauamt in Essen wurde ein Ultimatum gestellt, sich bis heute Mittag 12 Uhr bereit zu erklären, das gestörte Kabel in Ordnung zu bringen. Das Ultimatum ist abgelehnt worden. In Witten hat die Kaufmannschaft beschlossen, von 3 bis 6 Uhr nachmittags während der Ausgehzeit der Franzosen ihre Läden zu schließen. Die Wattensteiner Kaufmannschaft hat beschlossen, an die Franzosen nichts mehr zu verkaufen.

Die pfälzischen Eisenbahnen unter französischem Militärkommando.

Ludwigshafen, 6. Febr. Durch Befehl des französischen Oberkommandierenden ist von heute ab das pfälzische Eisenbahnnetz dem oberkommandierenden General der Besatzungstruppen unterstellt worden. Hinsichtlich der auf ihrem Posten verbleibenden Beamten und Arbeiter nimmt der Befehl an, daß sie sich entschlossen haben, den Militärbehörden zu folgen. Demgegenüber hat die Reichsbahndirektion Ludwigshafen angeordnet, daß das deutsche Eisenbahnpersonal auf seinem Posten zu bleiben und nur den Befehlen der deutschen zuständigen Stellen zu gehorchen habe.

Ablicht der Ausweisung des gesamten deutschen Eisenbahnpersonals aus dem Rheinland und Ruhrgebiet.

Paris, 6. Febr. Das „Journal des Debats“ meldet, daß Minister Le Trocquer und General Weygand beabsichtigen, die Ausweisung des gesamten deutschen Eisenbahnpersonals aus dem rheinischen und dem Ruhrgebiet zu verfügen. Dadurch könne man die deutschen Sabotageakte verhindern und eine sichere Verkehrsstraße nach und nach wieder gewährleisten.

Noch 100 Kohlenzüge gerettet.

Essen, 6. Febr. Seit dem ersten Tag der Kohlenperre sind von unseren Eisenbahnern noch 100 Kohlenzüge in das unbefetzte Gebiet abgefahren worden. Durch Aufreißen der Schienen haben die Franzosen die in Betracht kommenden Wege jetzt unfahrbar gemacht.

Weitere Besetzungen im Ruhrgebiet.

Düsseldorf, 7. Febr. Lennep und Krebsjöge sind gestern besetzt worden. Die Truppen scheinen auf Radevormwald vorzugehen.

Veraubung der Bevölkerung im neubesetzten Gebiet.

Karlsruhe, 6. Febr. Im besetzten Brückenkopfbereich von Rehl haben die Franzosen der Bevölkerung sehr drückende Lasten auferlegt. Aus ihren geringen Beständen müssen die Landwirte Stroh und Heu ohne Bezahlung an die Okkupationstruppen abliefern. Kartoffeln und andere Vorräte werden vielfach gewaltsam beschlagnahmt.

Der preussische Innenminister im rheinischen Provinziallandtag.

Barmen, 6. Febr. Gestern Nachmittag wurde der rheinische Provinziallandtag durch den Minister des Innern, Seevering, mit einer Ansprache eröffnet, in der er den rechtswidrigen Einbruch der Franzosen und Belgier in friedliches deutsches Land geißelte und zur einigen Abwehr dem übermächtigen Feind gegenüber mahnte.

Bezahlung der englischen Besatzungstruppen mit englischem Geld.

London, 5. Febr. (Reuter.) Es verlautet, daß in unmittelbarer Zukunft die Truppen des britischen Besatzungsheeres in englischem Geld bezahlt werden, nicht mehr wie bisher in Mark.

Ausländische Spenden fürs Ruhrgebiet.

Amsterdam, 3. Febr. Nach Blättermeldungen stellen die Zentrale des Transportarbeiterbundes 10 000 und der

Bund der Maler und Anstreicher 6000 Gulden für die Arbeiter des Ruhrgebiets zur Verfügung.

Berlin, 3. Febr. Der deutsch-brasilianische Firmenvorband in Sao Paulo hat telegraphisch gegen die Vergewaltigung des Ruhrgebiets protestiert und dem Sammelausschuß in Sao Paulo 40 000 Milreis überwiesen. Georg Trittan in Lima hat der Reichsregierung 5 Millionen Mark überwiesen.

Franzosenfeindliche Demonstrationen in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 5. Febr. Vergangene Nacht haben sich die Demonstrationen vor dem „Carlton-Hotel“ und dem „Hotel Frankfurter Hof“ wiederholt. Eine gegen 2000 Köpfe starke Menge versuchte vergeblich, in die beiden Hotels einzudringen, um nach Franzosen und Belgiern zu fahnden. Erst um 1/2 2 Uhr nachts wurde die Ruhe wieder hergestellt.

Französische Hehe.

Paris, 6. Febr. Das „Echo de Paris“ schreibt, man habe sich gestern in verschiedenen französischen politischen Kreisen gefragt, warum man den Reichskanzler Cuno nach den Unterredungen in Barmen so weit habe vorstoßen lassen, sei es per Eisenbahn oder im Automobil, ohne ihn festzunehmen und ihn auf die andere Seite des französischen Cordons abzuschleppen. Der Reichskanzler habe in Essen einen neuen Widerstandsplan mit Stinnes und den anderen Magnaten der Ruhr verabredet, der wie ein Wiederaufleben der deutschen Rebellion (?) gegen die französische Aktion angesehen werden müsse. Beweis dafür sei, daß der Eisenbahnerstreik wieder begonnen habe und daß ein vervollkommenes Sabotagesystem auf gewissen Eisenbahnlinien eingesetzt habe.

Paris, 6. Febr. Ein Berichterstatter des „Echo de Paris“ leitet sich die Verdächtigung, der Streik der Bergarbeiter im Saargebiet sei weniger auf lokale wirtschaftliche Rücksichten als auf verhärteten Druck der Agenten von Berlin zurückzuführen. — Nach einer Meldung des „Deure“ aus Saarbrücken sind bis jetzt 75 000 Bergarbeiter in den Streik getreten. Sie verlangen eine Lohnerhöhung von 7 Francs. Die Gewerkschaften schlugen vor, man solle jetzt 3 Franken bewilligen und im April eine neue Erhöhung zugestehen. Durch dieses Entgegenkommen glaube man, daß der Streik beendet werden könne. Der Streik im Moselgebiet, der zugleich mit dem im Saargebiet ausbrechen sollte, ist bis kommenden Dienstag ausgesetzt worden wegen des Widerstands der unabhängigen Gewerkschaften.

Vom russischen Sozialisten.

Paris, 5. Febr. In der gestrigen Nachmittagsitzung des sozialistischen Parteitags verlas, wie Savas aus Lille berichtet, der Generalsekretär der Partei, Faure, ein Telegramm der französischen kommunistischen Partei, worin ein gemeinsames Vorgehen gegen die Ruhrbesetzung und die Gefahr eines neuen imperialistischen Kriegs vorgeschlagen wird. Der Resolutionsausschuß wird die Frage prüfen.

Protestkundgebungen der holländischen Sozialisten gegen die Ruhrbesetzung.

Amsterdam, 6. Febr. Für den 7. Februar haben die Sozialistische Partei und der Niederländische Gewerkschaftsbund in zahlreichen holländischen Städten Einspruchssammlungen gegen die Besetzung des Ruhrgebiets einberufen. In Amsterdam werden sprechen: der Führer der sozialistischen Kammerfraktion, der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, das Mitglied der belgischen Kammer Godelots und der deutsche Reichstagsabgeordnete Dr. Breitscheid.

Englische Auffassung über das Reparationsproblem.

London, 6. Febr. Der Präsident des Handelsamtes, Sir Phillip Lord Greans, der der erfolglosen Pariser Reparationskonferenz im Januar beigewohnt hat, sagte in einer Rede in London, es sei phantastisch, zu behaupten, daß die britische Regierung von sentimentalischen Erwägungen zu Gunsten Deutschlands geleitet worden sei. Die erste Erwägung beim britischen Reparationsplan war, eine volle, wirksame Regelung zu treffen, die zweite Erwägung war, daß die Finanzen Deutschlands erst in Ordnung gebracht und der deutsche Kredit wiederhergestellt werden müsse, bevor regelmäßige Zinszahlungen und die Aufbringung einer Anleihe möglich seien. Nichts sei wichtiger als die Behauptung, daß die ganze Angelegenheit dem Ermessen Deutschlands überlassen werden solle.

Englische Arbeiterpolitik.

London, 6. Febr. Auf der Generalversammlung der unabhängigen Arbeiterpartei Londons und der südlichen Grafschaften wurde eine Entschließung angenommen, die gegen die Besetzung des Ruhrgebiets Einspruch erhebt. Der Antrag, der die Zurückziehung der britischen Truppen aus Ägypten, dem Irak und Deutschland fordert, wurde abgelehnt.

Das wahre Amerika.

Berlin, 6. Febr. Der Appell der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen an das Gewissen und das Ehrgefühl Amerikas ist einstweilen leider auf ein feines Erdröckchen gefallen. Aus New York wird einer hiesigen Nachrichtenagentur berichtet: „Der Aufruf der deutschen Gewerkschaften an Amerika, in der Ruhrfrage zu intervenieren, wurde durch den Gewerkschaftsführer Compers dem Senat und dem Repräsentantenhaus übergeben. Beide lehnten es ab, die Denkschrift auf die Tagesordnung zu setzen. Verschiedene Sprecher erklärten sich gegen jede Intervention in Amerika. In einem Begleitschreiben legte Compers dar, daß er den Protest Deutschlands nur insoweit billige, als er sich gegen Zwangsarbeiten im Ruhrgebiet unter der Drohung militärischer Druckmittel wende. Aber er stimme mit Frankreich darin überein, daß es das Recht auf Reparationszahlungen habe. Der Präsident der Kommission für auswärtige Angelegenheiten erklärte, daß mehrere Mitglie-

der im Kongress der Überzeugung seien, daß Frankreich das Recht hatte, das Ruhrgebiet zu besetzen.“ — Der amerikanische Arbeiterführer Compers (ein ehemaliger Engländer) hat sich schon im Kriege als scharfer Deutschenfeind gezeigt.

Zur auswärtigen Lage.

Eine deutsche Protestnote gegen das Französisierungssystem der Saargebietsregierung.

Berlin, 5. Febr. Die deutsche Regierung hat, wie wir erfahren, beim Völkerbund wegen der vertragswidrigen Haltung der Regierungskommission des Saargebiets auf dem Gebiete des Schulwesens Protest erhoben. Der Bevölkerung des Saargebiets ist, wie es in der Note heißt, durch den Versailler Vertrag die Aufrechterhaltung ihrer Schulen und ihrer Sprache ausdrücklich zugesichert worden. Die Grundlage des Schulwesens im Saargebiet muß daher in dem Zustand, in dem er sich bei Inkrafttreten des Vertrags befand, beibehalten werden. Im Gegensatz zu der Bestimmung strebt die Regierungskommission eine grundsätzliche Veränderung des Schulwesens an. Insbesondere hat sie eine Entwicklung gebildet und sogar gefördert, die die vertraglich geschützte Landesschule gefährdet und die ganze Schulverwaltung insbesondere in die Hände Frankreichs überleitet. Ohne Befragung der gewählten Vertreter der Bevölkerung bestimmte sie, daß auch die Kinder des deutschen Personal der Kohlenruben und sogar die Kinder der nicht zum Grubenpersonal gehörenden Landesbewohner ihrer gesetzlichen Schulpflicht durch den Besuch französischer Schulen genügen können. Mit Hilfe dieser Verordnung hat die französische Grubenverwaltung durch Mittel wie Ranzengeld, kostenlose Lieferung von Lehrmitteln und Kleidung, Weihnachtsgeschenken, Begünstigungen oder Benachteiligungen und Zulassung von Besetzungen Kinder, die andere Kinder zum Besuch der französischen Schule veranlassen usw. geradezu eine Entvölkerung der Schulen herbeigeführt. In verschiedenen Ortschaften mußten mehrere Klassen der Landesschule geschlossen werden, viele andere stehen vor der Schließung. Die Regierungskommission entäußert sich also zu Gunsten des französischen Staates, dem im Saargebiet kein Anteil an der Verwaltung, sondern nur an der Ausbeutung der Kohlenruben gebührt, mehr und mehr eines wichtigen, ausschließlich ihr selbst übertragenen Verwaltungszweiges. Nach ihrem Standpunkt würde sogar nichts im Wege stehen, daß Frankreich allmählich das ganze Volksschulwesen im Saargebiet an sich zieht. Dies steht im vollen Widerspruch zum Versailler Vertrag. Der französische Staat hat im Saargebiet lediglich das Recht, als Nebeneinrichtung der Gruben Volksschulen oder technische Schulen für das Grubenpersonal zu errichten, was sich nur auf französische Kinder beziehen kann, da der Vertrag diesen Unterricht in französischer Sprache nach französischen Lehrplänen und überhaupt ganz nach Belieben Frankreichs vorsieht und da jede andere Auffassung unvereinbar wäre mit der an anderer Stelle ohne Einschränkung vorgeschriebenen Erhaltung der Landesschulen, sowie mit dem allgemeinen Grundgesetz, demzufolge die gesamte Verwaltung Sache der Regierungskommission ist. Die deutsche Regierung verlangt vom Völkerbund die Wiederherstellung des vertragsmäßigen Zustands, insbesondere die Wiederaufrichtung der früheren Grundlagen des Schulwesens, die Beschränkung des Besuchs der französischen Schulen auf französische Kinder und die Beseitigung solcher Schulen, die nicht Volks- oder technische Schulen sind.

Die Türken zum Unterzeichnen doch noch bereit?!

Paris, 6. Febr. Savas bestätigt in einer Meldung aus London, daß der Quai d'Orsay das Foreign Office davon unterrichtet habe, daß die türkische Delegation in Lausanne ihre Zustimmung zu den bis jetzt abgelehnten Bestimmungen im Entwurf des Friedensvertrags gegeben werde. Wahrscheinlich werde aber die Nachricht für den heutigen englischen Ministerrat zu spät eintreffen. Da Ismed Pascha aber seit gestern zur Unterzeichnung bereit sei, liege es im gemeinsamen Interesse der Alliierten, daß die Angelegenheit umgehend erledigt werde. Ismed Pascha wolle morgen früh um 8 Uhr Lausanne verlassen und die Frist könne unter den gegebenen Umständen leicht zu kurz sein, um ihn noch rechtzeitig zum Bleiben zu veranlassen. Um 1 Uhr nachmittags sei der französische Botschafter in das englische Auswärtige Amt gegangen und man hoffe, daß ihm dort rechtzeitig eine Antwort erteilt werde. — Der Sonderberichterstatter des „Journal des Debats“ in Lausanne hält es für wahrscheinlich, daß Ismed Pascha heute Nachmittag von Paris aus aufgefördert wurde, seine Absreise solange aufzuschieben, bis die Führer der Delegationen, die Lausanne bereits verlassen hätten, zurückkehren und den Friedensvertragsentwurf in Lausanne unterzeichnen können. Der Unterzeichnung stehe nichts mehr im Wege, da Ismed Pascha sein Einverständnis aufgegeben habe.

Deutschland.

Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern.

München, 5. Febr. Wie die Korrespondenz Hoffmann meldet, hat das Gesamtministerium des Freistaates Bayern verordnet, daß die Verordnungen des Gesamtministeriums vom 22. Januar betreffend einstweilige Maßnahmen zum Schutze und Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung mit Wirkung vom 6. Februar aufgehoben werden.

Reichsmittel zur Linderung der Notlage der minderebemittelten Bevölkerung.

Berlin, 6. Febr. Angesichts der durch den Einbruch der Franzosen außerordentlich verschärften Notlage weiter Volkskreise hat, den Blättern zufolge, die Reichsregierung 2 Milliarden für die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, 2 Milliarden für die Sozialrentenfürsorge und 5 Milliarden für die Kleinrentenfürsorge zur Verfügung gestellt.

Der Finanzminister ernannt.

Ein Obstdirektor... Daß das Obstdirektor... von ehrf... die Lan... verfüge... alle Leu... mit nicht... Nahrungs... mehr Ob... feren Gef... besolgen... Besonder... wäre des... — Gerne... sch u l t h... stellt, da... kommend... nen zu... dürfen d...

Von... Sorge für... für die... ist. Die... Sorge be... wenden.

• Der... seines 10... schen Sa... von glück... nen Vor... Bor a r... begleitet... anspor... sport un... Begriff... nicht un... Ausdruc... keit mit... erkennen... Schluß... vollständig... sich dem... geben. S... weit gün... durch ein... auch See... Ausbaue... einzufue... seien, do... Bergtour... habenen... herrliche... Nützlich... legen... herrliche... posant u... Alß, die... fand bei... hasten B... den ha...

Nicht... nungsver... fenden un... Es sei de... zu den gr... ständige... bedden de... Leufern... die Erne... wasserver... bestimm... tung des... nen oder... die Ausb... erneuerun... ähnliche a... dernde In... Erhaltung... erforderlich... und Ueber... angemessen... Verhufde... 1. Juli 19... Ausbruch... sehungsar... des Hauses... der Gesamt... lich und d...

Stadtgemeinde Calw.
Bfrozheimer Stadtgeid.

Durch Nachfrage bei der Stadtverwaltung Bfrozheim wurde festgestellt, daß die Umlaufzeit für Bfrozheimer Stadtgeid noch längere Zeit läuft und später wieder verlängert werden wird.
Die Gemeindeverwaltung und insbesondere die Gasserbetreiber sind zu dem Zweck erucht, Bfrozheimer Stadtgeid anfangs im vollen Nennwert in Zahlung zu nehmen.
Calw, den 5. Februar 1923.
Stadtschultheißenamt: Göhner.

Stadtgemeinde Calw.
Die Stelle des Totengräbers
ist neu zu besetzen. Mit der Wiederbesetzung ist eine Neuregelung der Gebühren in Aussicht genommen.
Bewerbungen wollen beim Stadtschultheißenamt bis 15. Februar eingereicht werden.
Calw, den 5. Februar 1923.
Stadtschultheißenamt: Göhner.

Gehingen, den 5. Febr. 1923.
Dankfagung.
Allen, die unserem lieben Sohn u. Bruder,
Gustav Ebig †
Schuhmacher
während seiner Krankheit Gutes erwiesen haben, besonders für die liebevoll. Pflege von Schwester Amalie, allen, die ihn zu seiner letzten Ruhestätte begleitet haben, für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers Grundgeiger, für den erhabenden Gesang des Gesangsvereins sagen innigsten Dank
Familie Ebig.

Landw. Consumverein Calw.
Bilanz
pro 31. Dezember 1922.

Aktiva: M.	Passiva: M.
Rassenbestand am 31. Dezember . . . 53 839	Creditoren unkt. Bankschuld . . . 1 59 717
Warenvorräte . . . 1 557 000	Betriebs- Kapital u. Reservefond . . . 22 000
Debitoren . . . 903 343	Gewinn pro 1922 . . . 897 463
2 514 182	2 514 182
Mitgliederstand am 1. Januar 1922 . . . 1147	
eingetreten 1922 . . . 36	
lornit am 31. Dezember 1922 . . . 1183	
Der Vorstand: Dettinger, S. Röhm, Reule.	
Der Aufsichtsrat: Fenchel, Maier, Dengler.	

Lehrlings-Gesuch.
Zwei kräftige Jungen
sucht für sofort oder später
Vorstellung erwünscht.
Gustav Kohler, Maschinenfabrik
und Mühlenbauanstalt, Ealmühle Nr. Calw.

Größeren
Rassenschranf
zu kaufen oder gegen kleineren
Schranf zu tauschen gesucht.
Schriftliche Angebote unter R. 20 an
die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Landwirte! **Der schlagende Beweis!** **Viehhalter!**
daß **Drogerol-Futterkalk** von keinem andern **Fabrikat** übertroffen ist, daß zur Herstellung von
Marke A gar. 5% } 33/4 % phosph. Futterkalk
C . 20% } (Knochenmehl) verwendet
B . reiner } wird.
Dahum kauft der kluge Landwirt zur Aufzucht und Mast seiner Tiere nur noch **Drogerol** in den Verkaufsstellen.
Drogerol ist von der Landesversuchsanstalt Hohenheim bestens begutachtet.
Ein Versuch lohnt sich 100fach.
All. Herst.: Drogerol-Werke G. Huissel vorm. Gebr. Benz, Herrenberg.
Filiale Haigerloch-Hohenzollern.

AMERICANLINE
Regelmäßiger Passagier-Dienst
Hamburg-New-York
auf modernst eingerichteten Dampfern.
Wöchentliche Abfahrten.
Nähere Auskunft und Platzbelegung durch Vertretung
in Calw: **R. Otto Vincon**, Kaufmann, Fernsprecher 171.

Singerichtet
find aller Augen auf die hohen Preise die wir bezahlen!
Wir sind wieder da!

Für schöne Hauslumpen 200 M.	Für Alteisen bis zu 100 M.
„ Wollgestricktes 600 M.	„ Kupfer 2500 M.
„ Knochen 50 M.	„ Messing 2000 M.
„ Stampfpapier 50 M.	„ Zink 1200 M.
„ Bücher u. Zeitschrift. 60 M.	„ Blei 1000 M.
„ Zeitungen 70 M.	„ Zinn je nach Gehalt. Bei
„ Akten, Geschäftsbüch. 80 M.	größer. Quantum Sonderpreise

alles per Kilo.

Des Letzteren kaufen wir zu hohen Preisen: Wein-, Sekt-, Likör- u. alle gangbar. Flaschen
Auch kaufen veraltete Maschinen aller Art, ganze Fabrikanlagen.
Wir: Brauerei-Einrichtungen usw. usw. gegen sofortige Kasse.
Wo ein Angebot an der Verkaufsstelle wegen der Entfernung unmöglich, bitten wir um Zuschriften nach Stuttgart, Marktpl. 13.
Der Verkauf erfolgt im Gasthof z. „Röfle“ in Calw von Mittwoch, den 7. bis Samstag, den 10. Februar.
Hochachtend

Grübele & Schlöffel, Rohprodukte, Stuttgart
mit Filialen in Ulm und Ludwigsburg.
NB. Hausiert wird nicht, aber auf Wunsch abgeholt.
Jed. s. Kind erhält ein Geschenk extra. Jedermann zufrieden.

Drucksachen aller Art
liefert rasch die Druckerei dieses Blattes.

Bei Verkäufen
erleidet man sehr leicht wirtschaftliche Schädigungen, die in der jetzigen Zeit besonders schwer empfunden werden.

Vermeiden
lassen sich solche Verluste leicht, wenn man sich eine Tages-Zeitung hält, die über Preisbildungen jeder Art berichtet.

Bestellen
Sie deshalb so bald als möglich das Calwer Tagblatt, das über alles Wissenswerte rasch und zuverlässig berichtet.

Die Vorteile
auf wirtschaftlichem Gebiet bringen den Bezugspreis reichlich wieder ein.

Landw. Bezirksverein Calw
Am Sonntag, 11. Februar, nachmittags 2 Uhr, findet im Saale der Landwirtschaft Winterchule (Brauerei Dreiß) die
Hauptversammlung
statt.
Tagesordnung:
1. Kassen- und Rechenschaftsbericht.
2. Vortrag durch Rechtsrat Dr. Otterbach über **Vererbenrecht und Grundstücksverkehr**.
3. Neufestsetzung der Mitgliederbeiträge.
4. Neuwahlen:
a) Wahl der Mitglieder zum Gauausschuß,
b) Wahl eines Ausschuhmitgliedes und eines Stellvertreter für den Landwirtschaftl. Hauptverband.
5. Anträge und Wünsche.
Der Vorstand: W. Dingler.

Lichtspieltheater Badischer Hof.
Donnerstag Abend 8 Uhr:
Der Wirbelwind II. Teil.
„In den Schluchten des Connecticut“
mit Beiprogramm.

Damen die eine rentable Nebenbeschäftigung suchen (Heimarbeit)
wollen ihre Adresse angeben. Einarbeitung erfolgt kostenlos. — Angebote unter P. L. Nr. 31 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Lehrmädchen gesucht
für Börsenmachen und Finiren;
ebenso **Lehrjunge**
zur kaufmännischen Ausbildung in einer kleineren Fabrik angenommen.
Realschul-Vorbildung wird erwünscht. Eintritt nach Abkern. Angebote unt. P. L. Nr. 31 an die Geschäftsst. d. Bl.

Obstbäume, Quitten, Beerensträucher
bester Sorten und Formen empfiehlt
Philipp Mast, Gärtnerei

Rauchkasten,
Vormaischbottiche,
Leimöfen,
fertigen als Spezialität
Gebr. Dongus, Detschenp., Conn.

Laufbursche
für Haus- und Gartenarbeit sucht per sofort
Gustav Kohler
Maschinenfabrik
Ealmühle.

Zuverlässiges Mädchen
erfahren in Küche u. Haushalt zum 1. März gesucht.
Frau Apotheker Reichmann.

Gesucht
wird zu baldigem Eintritt ein gebiegenes
Hausmädchen
außerdem für 1. Mai
2 Zimmermädchen,
2 Haus- und Küchenmädchen
und
1 Mädchen für die Kaffeeküche,
das auch beim Backen beschäftigt sein muß.
Frau Luise Treiber
Gasthof z. Windhof
Widdbad.

30 Zentr. Heu und Stroh
gegen bar.
Ferber, Hirsau.
Suche einige Meter
Brennholz
zu kaufen. Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Verloren
ging Dienstag Abend auf dem Wege von Schmiech nach Teinach—Calw ein neu.

Portemonnaie mit Geldinhalt
Der redliche Finder wird gebeten, es gegen gute Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle dieses Blatt.

Am Samstag ist in Calw mein schwarzer
Spiger
verkauft. Angaben an
Bechtold, Milchhändler
Holzbrunn.

Wer würde
3 jüing. Herrn avonds nach 8 Uhr
Unterricht in Spanisch erteilen.
Gejl. Ang. an die Geschäftsstelle ds. Blattes erbeten.

Am Donnerstag mittags 1 Uhr wird im Gasthof zum „Döfen“ in Gütlingen ein bereits neues

Orchester
verkauft.

Morgen Donnerstag, den 8. ds., mittags 2 Uhr, verkauft

30 Zentr. Heu und Stroh
gegen bar.
Ferber, Hirsau.

Suche einige Meter
Brennholz
zu kaufen. Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Der französische
Schwert
herige
über von
bahner
Minister
len nach
Kaub im
die Aus
weltstati
Weiter n
wertigen
ausguspi
beiter du
schen Bel
stehen, k

Die alliiert
aus Lauf
richtig
den Abbi
nen. Der
kürt hab
trachte, d
wieder g
Pinie De
die Ange
jung und
geföhrt.
im Drien
lierten z
gang. W
mandant
schiffe zu
Drohung,
timalum,
der Allii

Die Fo

Fortj
Wohwin
Teil auf d
trolle der
Fuhrwerke
suchen fra
gabe von
Kön, 7
Auf dem
mittags ein
Die Drehs
Essen, 7
heute vorm
gischen Gen
trete. Dar
belgischen
mobil nach
vermutete
Berlin,
Zeitung“
Dampfbo
lenkähne a
Düffelb
schten fra
den Schiff
hereinkom
teltranspo
Zollkassen
die franzö
Standpunc
setzen und
zahlreichen
die Freig
weigert. F
Spek und
Nuhrgelie